



AUF DEM WEG NACH DUBAI COP28 POSITIONSPAPIER 2023



EINFÜHRUNG

In den fast 30 Jahren, in denen die UNFCCC-Vertragsstaatenkonferenz stattfindet, waren die Auswirkungen unseres sich rasch verändernden Klimas noch nie so offensichtlich und die Bedürfnisse so dringend.

Im Jahr 2022 gab es beispiellose Überschwemmungen in Pakistan und den USA, extreme Sturmfluten im südlichen Afrika, Waldbrände in ganz Europa und rekordverdächtige Hitzewellen in Indien. Es schien, als könne es nicht schlimmer werden. Doch dann kam das Jahr 2023, und Kanada fing Feuer, Teile Libyens wurden weggefegt und Südeuropa schwitzte, was zeigt, dass kein Teil

"Die Auswirkungen des Klimawandels betreffen Themen wie Armutsbekämpfung, Gleichstellung der Geschlechter und Ernährungssicherheit und verstärken Risiken in den Bereichen Infrastruktur, Politik und Sicherheit. Der Klimawandel durchbricht Silos, die uns normalerweise diktieren, wie wir Entwicklungsherausforderungen angehen.

unseres Planeten vor den Verlusten und Schäden geschützt ist, die durch die anhaltenden, vom Menschen verursachten Veränderungen unserer Atmosphäre verursacht werden. Obwohl der Klimawandel uns alle betrifft, leiden diejenigen von uns, die bereits gefährdet sind, am meisten. Der Klimawandel verschärft die Ungleichheiten und [untergräbt die Fortschritte](#) bei den nachhaltigen Entwicklungszielen. Die Auswirkungen des Klimawandels betreffen Themen wie Armutsbekämpfung, Gleichstellung der Geschlechter und Ernährungssicherheit und verstärken die Risiken in den Bereichen Infrastruktur, Politik und Sicherheit. Der Klimawandel durchbricht Silos, die uns normalerweise diktieren, wie wir Entwicklungsherausforderungen angehen. Bei CARE

versuchen wir, das ganze Bild zu sehen, und als Anwältinnen bringen wir unsere Erfahrung als 75-jährige humanitäre und Entwicklungsorganisation in die Verhandlungen ein. Deshalb wissen wir, dass wir an der Front der Klimakrise auch die Kraft, die Widerstandsfähigkeit und das Potenzial zur Anpassung sehen.

Für CARE ist die Gleichstellung der Geschlechter ein Eckpfeiler der Klimaschutzmaßnahmen. Frauen stehen in der Landwirtschaft, im Bildungs- und Gesundheitswesen an vorderster Front. Ihr Fachwissen und ihre Führungsqualitäten können der Schlüssel sein, um den Stürmen des Klimawandels zu trotzen - aber wir können nicht erwarten, dass sie es alleine schaffen. Die Gleichstellung der Geschlechter muss bei den Verhandlungen durchgängig berücksichtigt werden, und Frauen und Mädchen müssen am Entscheidungstisch sitzen. Alle Regierungen müssen sich in ihrem Einflussbereich für geschlechtergerechte Klimaschutzmaßnahmen einsetzen, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Die reichen Länder müssen ihre Zusagen einhalten und ihre Finanzmittel aufstocken, wobei eine geschlechtergerechte Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen sowie von Verlusten und Schäden besonders dringend ist. Hier liegt die Verwundbarkeit, aber hier liegen auch die Stärken, Lösungen und Kapazitäten.

Es ist zutiefst ungerecht, dass diese gefährdeten Gemeinschaften um ihr Überleben kämpfen müssen, obwohl sie so wenig zu der Krise beigetragen haben. Der gesamte afrikanische Kontinent trägt [weniger als 4 %](#) zu den weltweiten Emissionen bei. Die Industrie für fossile Brennstoffe war im Jahr 2022 [für über 90 %](#) der weltweiten Emissionen verantwortlich. Wenn wir eine Chance haben wollen, die globalen Temperaturen auf unter 1,5 °C zu begrenzen und eine sichere, nachhaltige Zukunft für uns alle zu schaffen, müssen wir den Übergang von fossilen Brennstoffen zu sauberen, erneuerbaren Energien schaffen, und zwar jetzt. Die Technologie ist vorhanden, aber der Übergang erfordert politischen Willen. Um den [jüngsten Aufruf](#) der Internationalen Energieagentur (IEA) aufzugreifen, ist eine starke internationale Zusammenarbeit von entscheidender Bedeutung, und "die Regierungen müssen angesichts des Ausmaßes der anstehenden Herausforderung das Klima von der Geopolitik trennen". Eine weitere Schlüsselstrategie zur Förderung der Resilienz, der Anpassung und auch des Klimaschutzes ist die bessere Integration von

WAS IST GESCHLECHTERGERECHTE KLIMAPOLITIK?

“Gender Just Climate Action” ist ein grundlegendes Bekenntnis zur Auseinandersetzung mit den miteinander verwobenen Themen Klimawandel und Geschlechtergleichstellung. Es wird anerkannt, dass der Klimawandel die verschiedenen Geschlechter auf unterschiedliche Weise betrifft und dass ihre unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen im Mittelpunkt der Klimapolitik und -maßnahmen stehen sollten. Auf der COP28 bedeutet dies, dass wir uns von separaten Diskussionen über die Geschlechterfrage verabschieden und stattdessen Frauen und andere marginalisierte Gruppen als wichtige Entscheidungsträger in alle Klimadiskussionen einbeziehen müssen. Für eine wirksame und nachhaltige Entscheidungsfindung müssen sie in die Planung, Umsetzung und Überwachung der globalen und nationalen Klimabemühungen einbezogen werden. Geschlechtergerechtes Handeln im Klimabereich bedeutet auch, dass geschlechtsspezifische Erwägungen in alle Aspekte der Klimapolitik und -finanzierung einbezogen werden, indem sichergestellt wird, dass ein erheblicher Anteil der Klimafinanzierung in Ziele der Geschlechtergleichstellung fließt. Dazu ist die Zusammenarbeit mit von Frauen geführten Organisationen und Frauenrechtsorganisationen sowohl auf lokaler als auch auf internationaler Ebene entscheidend. Darüber hinaus bedeutet dies, dass die Bewertung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Klimamaßnahmen obligatorisch wird und ein systematischer Rahmen zur Messung und Überwachung der Fortschritte geschaffen wird.

Maßnahmen in die nationale Planung und Finanzierung von Lebensmittelsystemen, wie z. B. die nachhaltige Lebensmittelproduktion, die Verringerung von Lebensmittelverlusten und -abfällen, die Umstellung auf gesunde und nachhaltige Ernährung und eine verbesserte Ernährung, die Erhaltung und Wiederherstellung von Ökosystemen sowie die Ausweitung gesunder Bodenpraktiken.

Aber werden sie es tun? Wissenschaftler und Verhandlungsführer, vor allem aus gefährdeten Ländern, [verlieren die Geduld](#), während sich [Fragen](#) nach den Interessen und der Legitimität dieser besonderen COP-Präsidentschaft stellen, die sich bisher nicht von den Interessen der fossilen Brennstoffindustrie lösen konnte. Angesichts der ersten globalen Bestandsaufnahme, bei der die kollektiven Fortschritte auf dem Weg zum Pariser Abkommen bewertet werden, und der sich vertiefenden Vertrauenslücken zwischen den Ländern in Bezug auf die Klimafinanzierung wird erwartet, dass die Verhandlungen schwierig werden.

Kurz gesagt, diese COP wird die umfassendste seit Paris sein und es steht viel auf dem Spiel. CARE wird sich weiterhin für die Themen einsetzen, die für die Organisation, ihre Partner und die Gemeinschaften, denen sie dient, am wichtigsten sind, so wie es in den letzten 15 Jahren der Fall war.

GENDERGERECHTE ANPASSUNG

Auf der COP21 wurde unter maßgeblicher Mitwirkung der CARE-Delegation im Pariser Abkommen das Globale Anpassungsziel (Global Goal on Adaptation, GGA) festgelegt, um die Anpassungsfähigkeit zu verbessern, die Widerstandsfähigkeit zu stärken und die Anfälligkeit gegenüber dem Klimawandel zu verringern. Durch die Einführung des GGA hat Artikel 7 des Pariser Abkommens die Anpassung von einem lokalen Unterfangen zu einem globalen Ziel erhoben, das in die Bemühungen um nachhaltige Entwicklung eingebettet und mit den Minderungszielen verknüpft ist, zu denen sich die Regierungen im Abkommen verpflichtet haben.

Um das Globale Ziel besser zu verstehen, zu konzipieren und letztendlich zu erreichen, wurde auf der COP26 in Glasgow ein zweijähriges Arbeitsprogramm mit dem Namen Glasgow-Sharm el Sheikh Work Programme on the Global Goal on Adaptation (GlaSS) gestartet. Sein Ziel war es, die Schlüsselemente des Ziels zu definieren, einschließlich der Methoden, Indikatoren, Messgrößen und Datenquellen, um die Bewertung der Anpassungsfortschritte zu unterstützen und die Anpassungsmaßnahmen durch ländergesteuerte Prozesse zu verbessern und zu unterstützen. Auf der COP27 in Ägypten einigten sich die Vertragsparteien unter Mitwirkung von CARE darauf, die Entwicklung eines Rahmens für die Verwirklichung der GGA in die Wege zu leiten, damit dieser Rahmen auf der COP28 angenommen werden kann. In Dubai müssen die Vertragsparteien sicherstellen, dass sie die dringend erforderlichen Fortschritte bei der Verabschiedung und Umsetzung der GGA machen.

Die größte Herausforderung für die Anpassung ist nach wie vor die unzureichende Finanzierung, da die Finanzmittel der Industrieländer und der multilateralen Organisationen immer noch zu sehr auf den Klimaschutz ausgerichtet sind und nicht dem aktuellen Anpassungsbedarf der gefährdeten Länder entsprechen. Auf der COP26 begrüßte CARE die Zusage der Industrieländer, die Anpassungsfinanzierung bis 2025 im Vergleich zu 2019 zu verdoppeln - auch wenn dies ein Tropfen auf den heißen Stein ist, verglichen mit dem Umfang der [erforderlichen Anpassungsfinanzierung](#).

Dies ist ein wichtiger Meilenstein bei der Beseitigung des Ungleichgewichts zwischen Anpassungs- und Minderungsfinanzierung.

Wie der jüngste CARE-Bericht zeigt, [haben es](#) die Industrieländer jedoch [bisher versäumt, einen Weg](#) zur Erfüllung dieser Verpflichtung zu [definieren](#). Darüber hinaus fließt nur ein sehr geringer Teil der Finanzmittel an lokale und von Frauen geführte Organisationen, wobei nur [2,9 % der klimabezogenen Entwicklungsfinanzierung](#) die Gleichstellung der Geschlechter als Hauptziel ausweist.

ZENTRALE FORDERUNGEN FÜR COP28

- ❖ Auf dem Weg zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen muss die auf der COP26 gemachte Zusage, die Mittel für Anpassungsmaßnahmen mindestens zu verdoppeln, durch einen klaren Fahrplan untermauert werden, wie dieses Ziel zu erreichen ist, sowie durch konkrete neue Finanzierungszusagen auf der COP28, insbesondere für anpassungsspezifische Fonds, die sich auf von Frauen geführte und geschlechtsspezifische Initiativen konzentrieren.
- ❖ Die Vertragsparteien müssen die dringend erforderlichen Fortschritte bei der Anpassung erzielen, indem sie den GGA-Rahmen festlegen und annehmen und sich auf einen grundlegenden COP-Beschluss über die Umsetzung der GGA einigen.
- ❖ Die COP28 muss die Integration der Anpassung in die lokale, nationale und regionale Planung weiter beschleunigen, einschließlich der Entwicklung und Umsetzung partizipativer, inklusiver und geschlechtsspezifischer nationaler Anpassungspläne.
- ❖ die Umsetzung von Maßnahmen für nachhaltige Ernährungssysteme zu beschleunigen, insbesondere durch die Stärkung der im Rahmen des UN-Gipfels für Ernährungssysteme entwickelten nationalen Wege zur Umgestaltung der Ernährungssysteme und durch die Unterstützung ihrer gemeinsamen Umsetzung und regelmäßigen Überprüfung und Anpassung an die Klimaziele, u. a. durch Vereinbarungen im Rahmen der Gemeinsamen Arbeit von Sharm el-Sheikh zur Umsetzung von Klimamaßnahmen für Landwirtschaft und Ernährungssicherheit (SSJW); integrative und partizipative Governance-Mechanismen, die die Schnittstellen zwischen Ernährungssystemen und Menschenrechten, Gleichstellung der Geschlechter und Existenzgrundlagen im Anpassungskontext berücksichtigen, sollten gestärkt und genutzt werden.
- ❖ Die Finanzierungskanäle für die Anpassung an den Klimawandel müssen reformiert werden, um die Zuweisung und den Zugang für diejenigen zu verbessern, die sie am dringendsten benötigen:
 - Abbau der administrativen Hindernisse;
 - Finanzierung und Unterstützung lokaler Institutionen und frauengeführter Gruppen, u. a. durch die Operationalisierung zentraler Prinzipien der lokal geführten Anpassung und Resilienzbildung.

FINANZIERUNG FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT

2009 verpflichteten sich die Industrieländer zur Unterstützung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zu dessen Eindämmung in den Entwicklungsländern. Es wurde vereinbart, dass sie in größerem Umfang neue und zusätzliche Finanzmittel bereitstellen, die bis spätestens 2020 100 Mrd. USD pro Jahr erreichen sollen. Mit dem Pariser Abkommen wurden auch spezifische finanzielle Unterstützungsverpflichtungen für die Gruppe der Industrieländer in die Zukunft verlängert. Diese Verpflichtung wurde jedoch bisher nicht erfüllt. Die Industrieländer behaupten, dass das Ziel im Jahr 2023 erreicht sein wird, haben aber bisher keine transparenten Informationen

vorgelegt, um diese Behauptung zu belegen. Im CARE-Bericht "[Hollow Commitments](#)", der im Juni veröffentlicht wurde, untersuchte CARE die Pläne der Industrieländer für die zukünftige Klimafinanzierung und ob sie mit diesen Verpflichtungen übereinstimmen. Diese kombinierten Angaben liefern keinen Beweis dafür, dass das Ziel von 100 Milliarden US-Dollar in diesem Jahr erreicht werden kann. Große Klimafinanzierer wie Deutschland, Großbritannien und die USA haben sogar Schwierigkeiten, ihre bestehenden Klimafinanzierungsziele zu erfüllen. Es ist auch unklar, welche Länder und multilateralen Institutionen welchen Beitrag leisten sollen.

Außerdem sollte die internationale Klimafinanzierung zusätzlich zur öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) für die Armutsbekämpfung und andere Entwicklungsprioritäten bereitgestellt werden. Ein weiterer, im September veröffentlichter Bericht von CARE, [Seeing Double](#), stellte fest, dass die meisten Klimafinanzierungen der Industrieländer bisher nicht zusätzlich zur öffentlichen Entwicklungshilfe bereitgestellt wurden. Das bedeutet, dass weniger Mittel als versprochen für den dringend benötigten Kampf zur Überwindung der Armut, zur Beseitigung des Hungers und zur Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zur Verfügung stehen. Und selbst wenn Anpassungs- und Minderungsmaßnahmen einen mehrfachen Nutzen für die SDGs bringen sowie zur Armutsbekämpfung und Geschlechtergerechtigkeit beitragen können, sind der Bedarf und die Dringlichkeit so groß, dass die vollständige Erfüllung der Zusage von 0,7 % der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) zuzüglich der angemessenen Höhe der Klimafinanzierung unerlässlich ist.

Außerhalb des UNFCCC hat sich im Vorfeld und auf dem von Frankreich im Juni 2023 veranstalteten Gipfel für einen neuen globalen Finanzierungspakt eine anregende Debatte über innovative/alternative Finanzierungsquellen entwickelt. Es wurden verschiedene Optionen für Abgaben zur Finanzierung von Klimamaßnahmen ins Spiel gebracht, darunter auch der Ausgleich von Verlusten und Schäden, der von einigen Staats- und Regierungschefs aus Ländern, die durch den Klimawandel besonders gefährdet sind, nachdrücklich unterstützt wird. Abgesehen von der Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die mögliche neue Finanzmittel durch Steuern prüfen soll, wurden jedoch keine konkreten Verpflichtungen in dieser Hinsicht eingegangen. Auf dem Afrikanischen Klimagipfel im September 2023 forderten die afrikanischen Staats- und Regierungschefs die Weltpolitiker auf, die Einführung eines globalen Systems zur Besteuerung des Handels mit fossilen Brennstoffen, des Seeverkehrs und der Luftfahrt sowie einer globalen Finanztransaktionssteuer zu unterstützen.

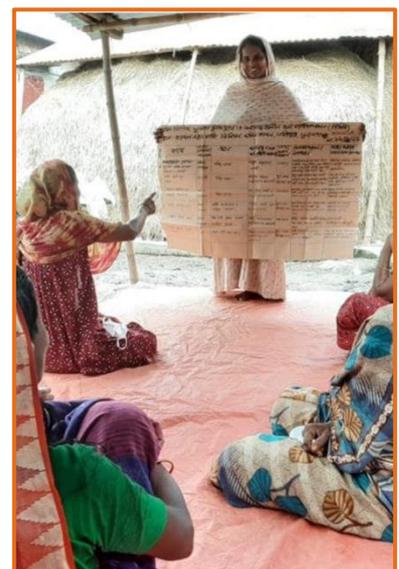
ZENTRALE FORDERUNGEN FÜR COP28

- ❖ Die Klimafinanzierung muss neu und zusätzlich zu den ODA-Zusagen erfolgen, auf Zuschüssen basieren, vorhersehbar und leicht zugänglich sein.
- ❖ Die Industrieländer müssen klare, quantitative Angaben darüber machen, wie sie im Jahr 2023 100 Mrd. USD an Klimafinanzierung bereitstellen werden, und sie müssen sich verpflichten, die Defizite der Vorjahre auszugleichen, so dass im Zeitraum 2020-2025 insgesamt 600 Mrd. USD bereitgestellt werden.
- ❖ Während der Prozess zur Ausarbeitung eines neuen kollektiven quantifizierten Ziels (New Collective Quantified Goal, NCQG) zur Klimafinanzierung für die Zeit nach 2025 erst im Jahr 2024 abgeschlossen werden soll, sollten auf der COP28 die wichtigsten Parameter vereinbart werden:
 - Das neue Ziel sollte bedarfsorientiert sein und zu einer massiven Aufstockung der Klimafinanzierung führen;
 - Es wird jährliche Ziele für 2026-2030 und Unterziele für die öffentliche Unterstützung von Eindämmung und Anpassung sowie für Verluste und Schäden geben;

- Nur Klimafinanzierungen, die zu den ODA-Zusagen und Zuschusskomponenten hinzukommen, werden berücksichtigt.
- ❖ Von Frauen geführte Organisationen müssen als wichtige Akteure in die neuen Ziele der Klimafinanzierung, die Finanzierungskriterien und die Mittelvergabe einbezogen werden. Die gesamte Finanzierung muss Bestimmungen zur Bekämpfung der Geschlechterungleichheit enthalten. Die Finanzierungsmodalitäten sollten neu bewertet werden, um eine flexible Finanzierung zu gewährleisten, die für Frauen und Mädchen in den betroffenen Gemeinschaften zugänglich ist und auf ihre Bedürfnisse eingeht.
- ❖ Die Vertragsparteien sollten sich auf innovative/alternative Finanzierungsquellen auf Zuschussbasis einigen, die neue und zusätzliche Mittel für Klimaschutzmaßnahmen generieren können, darunter mindestens 50 Mrd. USD jährlich für Maßnahmen zur Beseitigung von Verlusten und Schäden bis 2024. (z. B. Windfall Tax für die fossile Brennstoffindustrie, die Umlenkung von Subventionen für fossile Brennstoffe, internationale Abgaben auf den kommerziellen Flugverkehr und die Emissionen des internationalen Schiffsverkehrs). Der Ansatz zur Mobilisierung solcher Finanzmittel muss

FRAUEN IN AKTION

Lucky Akter wurde von CARE Bangladesch zur Katastrophenvorsorge (Disaster Risk Reduction, DRR) ausgebildet. Als DRR-Leiterin engagiert sie sich für die Katastrophenvorsorge und die Verbreitung von Frühwarnhinweisen bei Katastrophenereignissen. Lucky lebt in einem einzigartigen Feuchtgebiets-Ökosystem im Nordosten Bangladeschs, das die Form einer großen Schüssel hat. Während der Monsunzeit steht das Gebiet 3 bis 4 Meter unter Wasser, und fast jedes Jahr kommt es zu Sturzfluten. Das Leben und die Lebensgrundlagen der Menschen werden durch die riesigen Wassermassen, die Ernten und andere Güter beschädigen oder zerstören, stark beeinträchtigt. Lucky ermutigt ihre Gemeinde, die Frühwarnungen zu beachten und sichere Orte zu finden, an denen sie trockene Lebensmittel und andere Dinge lagern kann. Sie sammelt Frühwarnungen von der örtlichen Regierung und gibt diese schnell weiter, indem sie sich mit Imamen und Muajjins in Verbindung setzt, um die Warnungen über die Lautsprecher der Moscheen zu verbreiten und ihren Nachbarn Zeit zu geben, ihr Hab und Gut zu verlagern. Lucky hat mehr als 100 Haushalten bei klimabedingten Katastrophen geholfen und ist eine von 2.841 DRR-Leadern, die von SHOUHARDO III ausgebildet wurden - 67 % davon sind Frauen.



auf dem Verursacherprinzip und den Grundprinzipien der UNFCCC - Gleichheit, Gerechtigkeit, Fairness und Zugang - beruhen.

FINANZIERUNG VON MAßNAHMEN ZU KLIMASCHÄDEN

Auf der COP27 hat eine starke CARE-Delegation dazu beigetragen, den Kampf für Klimagerechtigkeit einen großen Schritt voranzubringen. In Ägypten schaffte es die Finanzierung von Verlusten und Schäden zum ersten Mal überhaupt auf die Tagesordnung der COP - nicht ohne Kampf - und die Regierungen trafen die bahnbrechende Entscheidung, neue Finanzierungsvereinbarungen sowie einen speziellen Fonds (L&DF) einzurichten, um besonders gefährdete Entwicklungsländer bei der Bewältigung von Verlusten und Schäden zu unterstützen.

Um das Versprechen von Sharm el Sheikh in die Tat umzusetzen, einigten sich die Regierungen darauf, einen "Übergangsausschuss" (Transitional Committee, TC) einzurichten, der sich aus 24 Länderdelegierten zusammensetzt und Empfehlungen dazu abgeben soll, wie die neuen Finanzierungsvereinbarungen und der Fonds auf der COP28 umgesetzt werden können. Zwischen März und November fanden fünf Sitzungen und zwei Workshops unter der Schirmherrschaft des TC statt, bei denen die TC-Mitglieder trotz starker Divergenzen vor allem zwischen Industrie- und Entwicklungsländern einen freimütigen und offenen Dialog führten. Die fünfte Sitzung wurde kurzfristig anberaumt, nachdem es den Mitgliedern des TC4 nicht gelungen war, eine Einigung über Schlüsselfragen wie den Standort des Fonds und die Finanzierungsquellen für seine Auffüllung zu erzielen.

Schließlich nahm das TC Anfang November das Schlüsseldokument mit Empfehlungen für einen COP/CMA-Beschluss und das vorgeschlagene Verwaltungsinstrument des Fonds an und schlug vor, den L&DF für eine Übergangszeit von vier Jahren bei der Weltbank (WB) anzusiedeln, sofern die WB innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten nach der COP28 bestätigt, dass sie in der Lage ist, die verschiedenen im Text genannten Bedingungen zu erfüllen. Alle im TC vertretenen Länder äußerten jedoch ihre Enttäuschung und Vorbehalte gegenüber dem Ergebnisdokument. Die Entwicklungsländer sind besonders besorgt über die fehlende Größenordnung des Fonds sowie über die schwache Formulierung zu den Finanzierungsquellen, die die historischen Emittenten nicht dazu verpflichtet, Unterstützung zu leisten, sondern sie nur dazu auffordert, während sie andere Länder dazu ermutigt, freiwillig zu ergänzen. Das Regelungsinstrument selbst bleibt in Bezug auf die Finanzierungsquellen äußerst vage und erwähnt zwar "innovative Quellen", enthält aber keinen ausdrücklichen Verweis auf Abgaben auf die umweltschädlichsten Industrien, die in den letzten Monaten, auch auf dem Gipfeltreffen für einen neuen globalen Finanzierungspakt im Juni 2023, erheblich an Dynamik gewonnen haben. Verschiedene TC-Mitglieder, sowohl aus Entwicklungs- als auch aus Industrieländern, beschwerten sich auch über die Streichung von Verweisen auf einen menschenrechtsbasierten Ansatz im Führungsinstrument. Was die Governance betrifft, so ist es ebenfalls sehr problematisch, dass betroffenen Gemeinschaften und Vertretern der Zivilgesellschaft kein Sitz im Verwaltungsrat des L&DF zugestanden wird. Was die Anspruchsberechtigung angeht, so ist der Fonds nach dem Text weiterhin für alle "besonders gefährdeten Entwicklungsländer" zugänglich, und der Verwaltungsrat des Fonds wird beauftragt, ein System der Mittelzuweisung zu entwickeln, das einen Mindestprozentsatz für die am wenigsten entwickelten Länder und die kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern vorsieht, ohne dass dadurch andere Entwicklungsländer vom Zugang zu den Mitteln ausgeschlossen werden. Ganz am Ende des TC5 stimmten die USA dem Paket von Dokumenten ausdrücklich nicht zu, wobei sie insbesondere die Absätze über die Finanzierungsquellen erwähnten.

Die Länder werden sich also überlegen müssen, wie sie auf der COP28 vorgehen wollen, ob sie das Regelungsinstrument öffnen, ob sie durch den COP-Beschluss zusätzliche Leitlinien vorgeben oder ob sie versuchen wollen, die Lücken im Rahmen der detaillierten Entwicklung des Fonds in den kommenden Jahren sowie der Diskussionen über das künftige Ziel der Klimafinanzierung (siehe oben) zu schließen.

Neben dem L&DF ist es auch wichtig, dass die Vertragsparteien die nächsten Schritte unternehmen, um das Santiago Network on L&D, eine technische Unterstützungseinrichtung für Länder, die mit Verlusten und Schäden konfrontiert sind, in Betrieb zu nehmen.

ZENTRALE FORDERUNGEN FÜR COP28

- ❖ CARE fordert die Vertragsparteien auf, bis zur COP28 eine Einigung über die Umsetzung der neuen Finanzierungsvereinbarungen zur Bewältigung von Verlusten und Schäden zu erzielen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der L&DF eine zentrale und koordinierende Rolle in der Finanzierungsarchitektur für Verluste und Schäden spielt.
- ❖ Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der L&DF von folgenden Grundsätzen geleitet wird: Gleichheit, Zugänglichkeit, gemeinsame, aber differenzierte Verantwortlichkeiten und jeweilige Fähigkeiten, Eigenverantwortung der Länder, neue und zusätzliche Finanzmittel, zuschussbasierte und nicht schuldenschaffende Finanzierungsinstrumente, mit einem auf Rechten basierenden und geschlechtsspezifischen Ansatz sowie einer sinnvollen und effektiven Beteiligung der betroffenen Gemeinschaften.
- ❖ Durch verschiedene Finanzierungsfenster sollte der L&DF ein breites Spektrum von Aktivitäten unterstützen, darunter die Nothilfe nach Klimakatastrophen in Ergänzung zur humanitären Hilfe sowie längerfristige Rehabilitations- und Wiederaufbaumaßnahmen, die Reaktion auf langsam eintretende Ereignisse und den direkten Zugang für Gemeinschaften, einschließlich von Frauen geführter Organisationen und Frauenrechtsorganisationen, indigener Gemeinschaften und anderer marginalisierter Gruppen.
- ❖ Die reichen Länder sollten in erster Linie für die Auffüllung des Fonds verantwortlich sein, doch sollten auch Beiträge aus einer Vielzahl öffentlicher, privater, philanthropischer und innovativer/alternativer Quellen angestrebt werden. Alle besonders gefährdeten Entwicklungsländer sollten für eine Unterstützung aus dem Fonds in Frage kommen, wobei jedoch den ärmeren und gefährdeten Ländern (einschließlich der am wenigsten entwickelten Länder und der kleinen Inselstaaten) eindeutig Vorrang eingeräumt werden sollte (z. B. durch eine anfängliche mehrheitliche Zuteilung der Mittel), wobei sich die Finanzierung auf besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen konzentrieren sollte.
- ❖ CARE fordert alle Industrieländer und andere Länder mit bedeutenden Emissionsanteilen und -kapazitäten auf, rasch neue Zusagen für den L&DF anzukündigen, wenn möglich während der COP selbst, zusätzlich zu den 0,7 % ODA-Zusagen, und dass diese nicht als Anpassungsfinanzierung angerechnet werden, um eine Ablenkung von der dringend benötigten Erhöhung zu vermeiden.
- ❖ Die Regierungen müssen sich auf eine Trägerorganisation für das Santiago Network on Loss and Damage (SNLD) einigen, die eine angemessene regionale Vertretung hat, und die Mitglieder des SNLD-Beirats wählen. Es muss sichergestellt werden, dass das SNLD im Jahr 2024 seine Arbeit in vollem Umfang aufnimmt und den am stärksten gefährdeten Ländern entscheidende technische Unterstützung bietet, auch durch länderspezifische Bedarfsanalysen.
- ❖ Es werden zwar zusätzliche Mittel benötigt, aber wir müssen die vorhandenen Mittel besser nutzen, um Maßnahmen im Bereich der Lebensmittelsysteme zu fördern, die nicht nur dem

Klima, sondern auch der öffentlichen Gesundheit und dem sozialen Wohlergehen zugute kommen.



ANPASSUNG IN AKTION

Buumba, 45, ist Mutter von sieben Kindern und Kleinbäuerin im Süden Sambias. Ihre Region hat mit schweren Dürren, starken Regenfällen und Sturzfluten zu kämpfen, die den Anbau von Gemüse, Mais und Getreide erschweren. Anfang 2023 wurden allein in Buumbas Distrikt mehr als 4.000 Menschen durch eine Überschwemmung vertrieben und ihre Felder standen unter Wasser. Es gab nur noch wenig, was sie retten konnte. Aber eine Kulturpflanze überlebte - ein stressresistenter Orangenmais. Nicht nur, dass er nach den Überschwemmungen noch stand, er ist auch reich an Vitamin A in einem Land, in dem mehr als die Hälfte der Kinder unter fünf Jahren an Vitamin-A-Mangel leidet. Durch die Zusammenarbeit mit CARE und die Entscheidung, ihre Ernte anzupassen, kann Buumba trotz der extremen

MITIGATION FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT

Der jüngste IPCC-Bericht unterstreicht [das beispiellose Ausmaß](#) der Herausforderung, die Erwärmung auf 1,5°C zu begrenzen, nachdem frühere Berichte und mehrere COP-Beschlüsse die Handlungslücke bestätigt haben. Mehr als ein Jahrhundert der Verbrennung fossiler Brennstoffe hat uns auf eine Temperatur von [1,2°C](#) über dem vorindustriellen Niveau gebracht, wobei 2023 möglicherweise das erste Jahr sein wird, in dem die 1,5°C-Schwelle überschritten wird. Um unter 1,5 °C zu bleiben, wo wir [laut Modellen](#) in der Lage sein könnten, die schlimmsten potenziellen Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden, ist eine tiefgreifende, rasche und nachhaltige Verringerung der Treibhausgasemissionen in allen Sektoren erforderlich. Um die Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen, müssen die Emissionen nach Angaben des IPCC spätestens 2025 ihren Höhepunkt erreichen und [bis 2030 um 43 %](#) gesenkt werden. Leider zeigt der im Jahr 2022 veröffentlichte [UNEP-Bericht über die Emissionslücke](#), dass die jüngsten nationalen Zusagen nicht ausreichen, um dieses Ziel zu erreichen. Wir sind noch weit von dem Ziel des Pariser Abkommens entfernt, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2°C zu begrenzen, und laut UNEP deuten die derzeitigen Maßnahmen auf einen Temperaturanstieg von 2,8°C bis zum Ende des Jahrhunderts hin.

Alle Regierungen, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen - einschließlich CARE - müssen daher konkrete Maßnahmen ergreifen, um die weltweit geforderten Ziele zur Emissionsreduzierung bis 2030 zu erreichen. Jede Regierung oder Organisation, die Behauptungen darüber aufstellt, wann und wie sie Netto-Null-Emissionen erreichen wird, muss dies mit soliden, wissenschaftlich fundierten Emissionsreduktionszielen untermauern. Geringfügige Elemente von hochgradig glaubwürdigen und qualitativ hochwertigen Kompensationen könnten eine Rolle spielen, aber nur als Teil einer soliden Reduktionsstrategie und nicht als erster oder einziger Schritt zur Emissionsminderung. CARE vertritt nachdrücklich die Auffassung, dass die Emissionsminderung im eigenen Land und die tatsächliche Emissionsreduzierung Vorrang haben müssen, auch durch eine rasche Abkehr von fossilen Brennstoffen und den Umstieg auf nachhaltige erneuerbare Energien.

Die Energiewende hin zu einem System, das mit erneuerbaren Energien betrieben wird und frei von fossilen Brennstoffen ist, bietet auch die Chance, integrative Arbeitsplätze in der Erneuerbare-Energien-Branche zu schaffen. Die sinnvolle Beteiligung und Vertretung von Frauen und Mädchen in ihrer ganzen Vielfalt sowie von indigenen Völkern, lokalen Gemeinschaften, Jugendlichen und anderen Randgruppen muss auf allen Ebenen der Geschäftstätigkeit gefördert werden, von der Entscheidungsfindung über die Umsetzung bis hin zur Gewinnbeteiligung.

ZENTRALE FORDERUNGEN FÜR COP28:

- ❖ Um eine faire Chance zu haben, die Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen, müssen die globalen Treibhausgasemissionen spätestens 2025 ihren Höchststand erreichen, bis 2030 um mindestens 43 % und bis 2035 um mindestens 60 % gegenüber dem Stand von 2019 reduziert werden. Alle Vertragsparteien des UNFCCC, insbesondere die Industrieländer und die anderen G20-Länder, sollten ihre NDCs ehrgeiziger gestalten, um die "Emissionslücken" zu schließen und die "Umsetzungslücken" durch politische Maßnahmen und Aktionen zu schließen, um diese zu erreichen.
- ❖ CARE weist auch darauf hin, dass das Pariser Abkommen vorsieht, dass die Vertragsparteien Maßnahmen ergreifen sollen, um ihre Kohlenstoffspeicher und -senken, wie Wälder und Torfgebiete, zu erhalten und zu verbessern, und zwar auf eine von der Gemeinschaft getragene, auf den Menschenrechten basierende Weise, und weist darauf hin, dass die Vorteile nachhaltiger Land- und Ökosystemansätze weit über ihre Emissionsauswirkungen hinausgehen und angemessen honoriert werden müssen.
- ❖ Die Vertragsparteien sollten im Rahmen der Agrardiskussionen auch ihre Unterstützung für gerechte, widerstandsfähige und gerechte Maßnahmen im Rahmen eines Lebensmittelsystemansatzes verstärken, der die Emissionen über die landwirtschaftliche Produktion hinaus betrachtet - einschließlich Lebensmittelverluste und -abfälle, Verarbeitung, Transport, Verbrauch, Verlust der biologischen Vielfalt und Landnutzungsänderungen -, was für die Erreichung unserer Minderungs- (und auch Anpassungs-)ziele bei gleichzeitiger Gewährleistung der globalen Lebensmittel- und Ernährungssicherheit von entscheidender Bedeutung ist. Maßnahmen, die auf den Aufbau von Bio-Kreislaufwirtschaften (Nutzung von Lebensmittelabfällen für Energie oder Dünger usw.) oder die Stärkung lokaler Lieferketten abzielen, haben sich in Bezug auf Gerechtigkeit, Widerstandsfähigkeit und Klimaemissionen als wirksam erwiesen und sollten ausgeweitet werden.
- ❖ Alle UNFCCC-Vertragsparteien sollten sich auf einen raschen, gerechten und ausgewogenen weltweiten Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe in allen Sektoren bis spätestens 2050 verständigen, der mit einer Temperaturbegrenzung auf 1,5°C im Einklang steht.
- ❖ Die Vertragsparteien sollten sich auf ein globales Ziel für erneuerbare Energien einigen: Verdreifachung der weltweiten Kapazität an erneuerbaren Energien auf 11.000 GW bis 2030, wobei bis 2030 mindestens 1.500 GW pro Jahr installiert werden sollten. Ergänzt werden sollte dies durch erhebliche Verbesserungen bei den Energieeinsparungen mit dem Ziel, die Gesamtendenergienachfrage auf globaler Ebene zu senken, sowie durch eine verstärkte finanzielle Unterstützung für sogenannte Entwicklungsländer mit besonderem Bedarf.
- ❖ Regierungen und Unternehmen sollten auch weitere Maßnahmen ergreifen, um die Dekarbonisierung von Sektoren mit hohem Schadstoffausstoß (Schifffahrt, Luftfahrt, Landwirtschaft) zu beschleunigen.